



## Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Entwicklungszusammenarbeit und interkulturelle Verständigung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, in der 21. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages über den Stand von Entwicklungszusammenarbeit und Integration zu berichten und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Welchen Stellenwert hat die Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Arbeit der Landesregierung?
2. Wie werden die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit/Agenda 21 in die Landesnachhaltigkeitsstrategie konzeptionell integriert?
3. Wie wird von der Landesregierung bürgerschaftliches Engagement für nachhaltige Entwicklung, ökonomische und soziale Gerechtigkeit in Schleswig-Holstein und in den Entwicklungsländern finanziell und organisatorisch unterstützt?
4. Welche Kooperationen bestehen zwischen Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaftsunternehmen und Akteuren in Kommunen und im Land mit vergleichbaren Partnern in der sogenannten „Dritten Welt,“?
5. Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Landesregierung die Entwicklung einer „Bildung für Nachhaltigkeit,“ die Vermittlung interkultureller Kompetenz und die Friedensforschung?

Begründung:

In einer immer näher zusammenrückenden Welt trägt auch das Land Schleswig-Holstein Verantwortung für die Situation in Ländern der sogenannten „Dritten Welt“. Ein friedliches Zusammenleben, die Konfliktvermeidung hat zur Voraussetzung den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, wie sich auch auf der Internationalen Süßwasserkonferenz in Bonn am 07.12.2001 gezeigt hat. Diese Auffassung bestätigt der Wissenschaftliche Beirat „Globale Umweltfragen“, (WBGU), der von Umweltpolitik als Friedenspolitik spricht. Von der Politik erwarten Bürgerinnen und Bürger langfristige Strategien für friedliche Konfliktlösungen und eine gerechte Weltordnung. Zugleich sind viele Menschen auch bereit, sich für die Ziele Frieden, Bewahrung der Natur, soziale Gerechtigkeit und Verständnis zwischen den Kulturen aktiv einzusetzen.

Sandra Redmann  
und Fraktion

Irene Fröhlich  
und Fraktion